



FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG Für die Freiheit.

TÜRKEI BULLETTIN 04-2020

IMPRESSUM

Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Projektbüro Türkei
Cumhuriyet Cad. No 107 D 2
Elmadağ-Istanbul 34473
Türkei

/fnst-turkey.org

Verfasser

Laura Kunzendorf
Dr. Ronald Meinardus (RM)

Redaktion

Dr. Ronald Meinardus

Stand

März 2020

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Kontakt

Für Hinweise und Anregungen erreichen Sie die Redaktion unter turkey@fnst.org.



TÜRKEI BULLETIN 04/20

Berichtszeitraum: 18. Februar – 02. März 2020

Inhalt: Eskalation um Idlib – Ankara bringt den Syrien-Konflikt an die Haustür Europas. Der Fall Osman Kavala: Sinnbild für die „schwerste Justizkrise in der Geschichte“. HDP-Kongress: Neue, alte Führung, Terror-Vorwürfe und Bündnisdebatten. „Vision 2050“: Bürgermeister Imamoğlu will Istanbul mit mehr Demokratie an die Weltspitze führen. Das Verbrechen von Hanau: Anteilnahme, Frustration, Kritik beherrschen die Meinungsseiten.

Eskalation um Idlib – Ankara bringt den Syrien-Konflikt an die Haustür Europas

(RM) Es war ein pechschwarzer Tag für die Türkei im Syrien-Konflikt. Bei Luftangriffen starben am 27. Februar in der Provinz Idlib 36 türkische Soldaten, so die amtliche Zahl. Inoffiziellen Quellen zufolge liegt die Opferzahl fast doppelt so hoch. Über den Hergang des Angriffes gibt es unterschiedliche Informationen. Unklar bleibt, welche Rolle die russische Luftwaffe gespielt hat. Moskau kontrolliert den Luftraum über Syrien. Zuletzt hatten von Ankara unterstützte Kämpfer mit tragbaren Flugabwehrraketen Russlands Dominanz im syrischen Luftraum angefochten. Der tödliche Luftangriff sei ein Warnsignal Moskaus an die Adresse Ankaras, dieses zu unterbinden, lautet eine Theorie: „Die Eskalation ist ein absichtlicher, wohlkalkulierter russischer Zug,“ schreibt Metin Gürcan in dem Fachblatt *Al-Monitor*.

Ankara hat sich mit direkten Schuldzuweisungen an die Adresse Moskaus zurückgehalten. Umso heftiger fällt die Polemik gegen das Regime in Damaskus aus: „Unsere Operationen in Syrien werden weitergehen bis die Blut getränkten Hände, die nach unserer Fahne greifen, gebrochen sind“, sagte Erdoğan nach einer Krisensitzung. „Wir werden mit noch größerer Macht Vergeltung gegen das illegitime Regime üben“, so die Warnung des Präsidenten.

Derweilen verbreiten regierungsnahe Medien militärische Erfolgsmeldungen. Demnach haben die türkischen Streitkräfte – Stand dieses Wochenende – sieben Chemiewerke und 94 Panzer zerstört sowie über 2000 Regierungssoldaten getötet. Um den Nachrichtenfluss aus dem Kriegsgebiet unter Kontrolle zu halten, hat die Regierung die sozialen Netzwerke kurzfristig abgeschaltet.

Nach der neuen Eskalation in Idlib befinden sich die Türkei und das Regime in Damaskus im Krieg. Zusätzliche Explosivität droht in Syrien durch die Gefahr der Ausweitung zu einem türkisch-russischen Waffengang. Dieses Szenario scheinen weder die Türkei noch Russland anzustreben. „Ich habe Putin gesagt, er solle die türkischen Truppen allein lassen in ihrem Kampf gegen das Regime“, sagte Erdoğan nach einem Telefonat mit dem russischen Präsidenten.

In der Stunde der Not besinnt sich der türkische Präsident auf die Verbindungen Ankaras mit dem Westen. Den amerikanischen Präsidenten bat Erdoğan um die Stationierung von Patriot-Raketen an der Grenze zu Syrien. Die Abfuhr aus Washington ließ nicht lange auf sich warten. Nicht viel erfolgreicher war Ankaras Buhlen um Beistand der NATO, der die Türkei als Gründungsmitglied angehört. Zu mehr als einem verbalen Bekenntnis zur Dringlichkeit eines Waffenstillstandes konnte sich das Sondertreffen der Allianz nicht durchringen.

Angesichts des Unvermögens Ankaras, internationalen Beistand für seine Syrien-Politik zu mobilisieren, sprechen Experten von einem „Kollaps“ der Außenpolitik Erdoğan: „Die Türkei ist heute ein isoliertes Land und auf Konfrontationskurs mit den Vereinigten Staaten, Russland sowie der arabischen Welt und Europa“, kommentiert der türkische Journalist Semih İdiz. Immer mehr türkische Experten seien – so İdiz – der Meinung, dass Ankaras schwierige Situation in Syrien selbstverschuldet sei. „Die größte Fehlkalkulation Erdoğan ist die Abhängigkeit von Russland“, resümiert İdiz.

Anzeichen für eine Kurskorrektur Ankaras sind derweil nicht erkennbar. Im Gegenteil: Am Wochenende zog der türkische Präsident die „Flüchtlingskarte“. Auf einem Treffen der Regierungspartei AKP sagte der Präsident, vier Millionen Menschen seien in Syrien auf der Flucht in Richtung Türkei und anderthalb Millionen befänden sich bereits an der Grenze. „Wir können keinen neuen Zustrom verkraften, aber wir können die Flüchtlinge auch nicht an das Assad Regime ausliefern“. Sodann bestätigte der Präsident die Öffnung der Grenzen, über die zuvor bereits die Medien berichtet hatten: „Was haben wir also am Freitag gemacht? Wir haben die Türen geöffnet“, sagte Erdoğan. Und: „Wir werden diese Türen nicht schließen“. Warum nicht, fragte der Präsident. Um dann selber zu antworten: „Weil die Europäische Union ihre Versprechen einhalten soll.“

Der Fall Osman Kavala: Sinnbild für die „schwerste Justizkrise in der Geschichte“

Nach dem überraschenden Freispruch für Osman Kavala und acht Mitangeklagten im sogenannten Gezi-Prozess am 18. Februar war die Freude vorerst groß. Die Staatsanwaltschaft hatte dem Unternehmer und Mäzen vorgeworfen, einer der Hauptorganisatoren hinter den Gezi-Protesten von 2013 zu sein. Laut dem Urteil des Istanbuler Strafgerichts lag jedoch kein glaubwürdiger Beweis für die finanzielle Unterstützung der Proteste durch Kavala vor. Nationale und internationale Beobachter reagierten euphorisch auf die Nachricht. Einige, darunter auch der Istanbuler Bürgermeister Ekrem İmamoğlu, sprachen mit vorsichtigem Optimismus von einer Rückkehr des Vertrauens in das türkische Justizsystem. Doch die Freude hielt nur kurz an.

Die Istanbuler Generalstaatsanwaltschaft kündigte umgehend an, Widerspruch gegen das Urteil einzulegen. Was dann folgte, hat die Türkei-Berichterstatteerin des EU-Parlaments, Kati Piri, als „Wahnsinn“ beschrieben. Der Hohe Rat der Richter und Staatsanwälte (HSK), der für die disziplinarrechtliche Kontrolle der Gerichte zuständig ist, leitete eine Untersuchung gegen die Richter ein, die den Gezi-Prozess mit einem Freispruch beendet hatten. Landesweit kritisierten Anwaltskammern dies als „Einschüchterung von Mitgliedern der Justiz“ und riefen zum Rücktritt der verantwortlichen Mitglieder des HSK auf.

Damit nicht genug: Wenige Stunden nach dem Freispruch erließ die Staatsanwaltschaft erneut Haftbefehl gegen Kavala. Die Anklage hat sich nicht geändert: Erneut wird Kavala vorgeworfen, er habe die verfassungsmäßige Ordnung der Türkei stürzen

wollen. Nur handele es sich diesmal um den gescheiterten Putschversuch vom 15. Juli 2016. Und so wiederholte sich nach 840 Tagen in Haft die – in Kavalas Worten – „kafkaeske Erfahrung“.

„Der Vorwurf, ich sei der Planer des Putschversuchs vom 15. Juli ist noch viel unsinniger als der Vorwurf, dass ich die Gezi-Proteste geplant habe und zeigt eine sehr böswillige Absicht“, erklärte Kavala. Als Beweis für seine angebliche Rolle im Putschversuch führt die Staatsanwaltschaft ein Treffen Kavalas mit dem Amerikaner Henri Barkey in Istanbul ins Feld, das drei Tage nach dem Putschversuch stattfand. Die Staatsanwaltschaft hält Barkey für ein Mitglied der Gülen-Bewegung. Über das Treffen im Juli 2016, das laut Kavala rein zufällig war, bringt die Staatsanwaltschaft nun auch Kavala mit der Gülen-Bewegung in Verbindung.

Warum aber wurde Kavala überhaupt freigesprochen und wenig später erneut verhaftet? Einige vermuten, dass das Gericht seine Arbeit pflichtbewusst getan hat, nachdem keine glaubwürdigen Beweise für die Schuld der Angeklagten vorlagen. Nach politischer Einflussnahme griff die Staatsanwaltschaft daraufhin mit einem neuen Haftbefehl ein. Dazu sagte Ömer Faruk Eminağaoğlu, ehemals Vorsitzender der Vereinigung für Richter und Staatsanwälte (YARSAV), der Zeitung *Duvar*, türkische Staatsanwälte hätten Akten „in Reserve“, um bei Freisprüchen hochkarätiger Angeklagter, wie beispielsweise im Fall Kavala, neue Haftbefehle erlassen zu können. Einige Beobachter gehen davon aus, dass es innerhalb der türkischen Justiz Unstimmigkeiten gebe, die zu dem Hin und Her im Fall Kavala geführt haben.

Kavala selbst sieht den Präsidenten persönlich als Drahtzieher hinter seiner erneuten Verhaftung. Diese Position teilt der Journalist Murat Yetkin. Der angesehene Kolumnist unterstellt Erdoğan eine „Obsession“ mit Kavala und meint, dass der Präsident selbst nicht an eine Verbindung zwischen Kavala und der terroristischen Gülen-Bewegung glaube. Tatsächlich hat sich Kavala in der Vergangenheit und bereits vor dem Putschversuch wiederholt kritisch über den Einfluss der Bewegung geäußert. Yetkin glaubt: „Vielleicht verkörpert Kavala in Erdoğan's Augen alles, gegen das er steht. Oder vielleicht will Erdoğan jede Nichtregierungsinitiative, die sich außerhalb seiner Autorität bewegt, verhindern.“

Verbreitet ist die Meinung, dass das „Justiz-Chaos“ – so eine Kommentierung – der Rechtsstaatlichkeit in der Türkei geschadet hat. In einer Stellungnahme

beklagen 25 türkische Anwaltskammern aus allen Landesteilen drastisch „die schwerste Justizkrise der Geschichte (der türkischen Republik)“. Einmischungen der Exekutive in die Judikative hätten inakzeptable Ausmaße erreicht, die Rechtssicherheit sei ausgeschaltet und die Missachtung des Verfassungsgerichtes und des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte seien mittlerweile normal.

Auch die Menschenrechtskommissarin des Europarates, Dunja Mijatović, beobachtet die Situation in der Türkei mit Sorge und konstatiert in ihrem aktuellen Bericht ein „zunehmend feindliches Umfeld“ für Menschenrechtsverteidiger. Ihr Appell an die Behörden: „Anstelle zu versuchen, Menschenrechtsverteidiger zum Schweigen zu bringen, was an sich schon eine Menschenrechtsverletzung darstellt, müssen die türkischen Behörden Menschenrechtsverteidiger respektieren und auf die Ursachen (für Menschenrechtsprobleme) – auf die diese hinweisen, Rücksicht nehmen.“

HDP-Kongress: Neue, alte Führung, Terror-Vorwürfe und Bündnisdebatten

Am 23. Februar fand in Ankara der Parteitag der pro-kurdischen HDP („Demokratische Partei der Völker“) statt, zu dem Medienberichten zufolge rund 20 000 Teilnehmer aus der ganzen Türkei und 28 anderen Ländern angereist waren. Die Delegierten wählten die Parlamentsabgeordneten Pervin Buldan und Mithat Sancar zu Co-Vorsitzenden der Partei.

Pervin Buldan sitzt seit 2015 als Abgeordnete von Istanbul für die HDP im Parlament. Davor war sie Abgeordnete der „Partei des Friedens und der Demokratie“ (BDP), die 2014 in Teilen mit der HDP fusionierte. Pervin Buldan begann ihr politisches Engagement nach dem politisch motivierten Mord an ihrem Ehemann, dem Geschäftsmann Savaş Buldan 1994. Damals gründete sie einen Hilfsverein für Familienmitglieder „verschwundener“ Kurden. Buldan gehört zum Kreis der sogenannten „Samstagsmütter“; diese setzen sich für die Aufklärung über den Verbleib von Opfern des „Verschwindenlassens“ in den 1980er und 1990er Jahren im Rahmen des türkisch-kurdischen Konflikts ein. Die Politikerin spielte eine zentrale Rolle bei den Verhandlungen zwischen der türkischen Regierung und dem inhaftierten PKK-Anführer Abdullah Öcalan im Jahre 2013.

Für Buldan steht nun die zweite Amtszeit als HDP-Vorsitzende an, anders als Mithat Sancar, der zum

ersten Mal ins Amt des Co-Vorsitzenden gewählt wurde. Der Verfassungsjurist, der als Kolumnist der linksgerichteten Tageszeitung *BirGün* bekannt ist, setzte seine akademische Karriere 2015 aus, um auf Bitten des damaligen HDP-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş für die HDP zu kandidieren. Wie Buldan engagiert sich Sancar aktiv für Menschenrechte. Er ist Mitgründer der Menschenrechtsstiftung TIHV und gilt innerhalb der HDP als Vertreter des moderaten Flügels.

Nach ihrer Wiederwahl sagte die neue und alte Vorsitzende Pervin Buldan in Anspielung an Dutzende von der Regierung abgesetzte HDP-Bürgermeister und die vielen inhaftierten Parteimitglieder: „Tausende unserer Freunde wurden als Geiseln genommen, doch wir sind Millionen geworden. Sie haben 38 Gemeinden von uns weggenommen. Alles, was sie können, ist politischer Diebstahl.“ Doch egal was die Regierung versuche, so Buldan kämpferisch, die HDP werde auch in Zukunft Gemeinden regieren, ja sogar nach der Regierungsmacht auf nationaler Ebene streben.

Negative Schlagzeilen überschatteten den Parteitag. Eine Präsentation auf dem Kongress zeigte Bilder von Abdullah Öcalan, dem inhaftierten Chef der als Terrororganisation eingestuften kurdischen Arbeiterpartei PKK. Die Polizei verhaftete daraufhin 15 Personen, die an der Vorbereitung der Präsentation beteiligt gewesen sein sollen und leitete Untersuchungen zum Vorwurf der Terrorunterstützung ein.

Bereits im Vorfeld des Parteitags hatte Pervin Buldan durch verschiedentlich als polarisierend gewertete Aussagen eine Debatte über die Zusammenarbeit der HDP mit anderen Parteien losgetreten. Gegenüber dem Nachrichtenportal *Duvar* erklärte die Oppositionspolitikerin, es habe bei den Kommunalwahlen von 2019 – so wörtlich – „natürlich eine Allianz“ mit den anderen Oppositionsparteien gegeben. Die regierungsnahen Medien griffen diese „brisante“ Aussage sofort auf; die *Daily Sabah* titelte: „HDP Co-Vorsitzende gibt geheime Allianz mit CHP und Iyi-Partei in Kommunalwahlen zu“.

Die genaue Qualität der Zusammenarbeit zwischen den Oppositionsparteien bei den Kommunalwahlen bleibt umstritten: Im „Bündnis der Nation“, das die CHP und Iyi-Partei anlässlich der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2018 eingegangen waren, fehlte die HDP. In den Kommunalwahlen von 2019, in denen die regierende AKP schwere Verluste erlitt, war das Bündnis indes auf Stimmen von HDP-

Wählern angewiesen. In sieben Großstädten stellte die HDP aus wahltaktischen Erwägungen keine eigenen Kandidaten für das Bürgermeisteramt auf, um auf diese Weise den Bündnis-Kandidaten zu helfen. Schon damals erklärte der ehemalige HDP Co-Vorsitzende Sezai Temelli: „Falls Mansur Yavas (in Ankara) gewinnt, wird er wissen, dass er mit HDP-Stimmen gewählt wurde. Wenn Ekrem Imamoğlu (in Istanbul) gewählt wird, wird er wissen, dass er ohne die Kurden keine Politik machen kann.“ Damit haben führende HDP-Mitglieder die stillschweigende Unterstützung der Bündnis-Kandidaten schon vor den Kommunalwahlen offen eingeräumt.

Vor diesem Hintergrund verlangte Pervin Buldan von dem Oppositions-Bündnis ein Bekenntnis zur HDP, appellierte für Offenheit und Transparenz und beklagte, dass die CHP und Iyi-Partei der HDP nicht offen gegenüberstehen würden. Um ihren Worten Nachdruck zu verleihen, erklärte Buldan, die HDP werde für eine Zusammenarbeit in Zukunft nicht mehr zur Verfügung stehen, solange sich CHP und Iyi-Partei nicht offen zu dieser Kooperation bekennen.

In der CHP und Iyi-Partei blieb es zunächst still. Der Sprecher der Iyi-Partei, Yavuz Ağırlioğlu, erklärte nach drei Tagen, die Iyi-Partei sei nie Bestandteil eines Bündnisses unter Einschluss der HDP gewesen. Er sprach der HDP die Eigenschaft als Partei ab: Eine Organisation, die undurchsichtige Kontakte zur PKK halte und der es nicht gelinge, sich von Terror zu distanzieren, könne keine türkische Partei sein, so die deutliche Ab- bzw. Ausgrenzung.

Der stellvertretende CHP-Vorsitzende Oğuz Kaan Salıcı fand diplomatischere Worte. Er betonte die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte im Land – von Sozialisten bis hin zu Patrioten. Konkret nannte er allerdings nur die offizielle Zusammenarbeit mit der Iyi-Partei, die HDP ließ er unerwähnt.

„Vision 2050“: Bürgermeister Imamoğlu will Istanbul mit mehr Demokratie in die Weltspitze führen

Der Istanbuler Bürgermeister Ekrem Imamoğlu hat große Pläne. Geht es nach ihm, wird die Metropole am Bosphorus bald internationales Hightech-Zentrum und Magnet für Investitionen aus dem In- und vor allem auch dem Ausland werden. Auch möchte Imamoğlu seine Stadt unter den Top drei der internationalen Touristendestinationen platzieren. Der Marktwert der mit Abstand größten Stadt der Türkei soll auf das Level von London, New York oder

Paris gehievt werden, so die ehrgeizigen Pläne. Gelingen soll dies mithilfe demokratischer, partizipativer, lokaler Stadtplanung.

Der Prozess ist in vollem Gange: Am 12. Februar hat der Bürgermeister der Öffentlichkeit die neu gegründete Istanbuler Planungsagentur (IPA) vorgestellt. Diese soll eine der Säulen einer reformierten Stadtverwaltung bilden. In der Planungsagentur wird die Abteilung „Vision 2050“ langfristige Strategien für die Metropole entwickeln, im „Istanbul-Institut“ sollen Wissenschaftler praktische Aspekte der Stadtplanung recherchieren, ein Statistikbüro soll Daten über die Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung ermitteln und eine Designabteilung soll nicht zuletzt für das Branding der Stadt zuständig sein.

Derweilen ist Bürgermeister Imamoğlu tatkräftig damit beschäftigt, Investitionen an Land zu ziehen. Am 17. Februar präsentierte er eine neue Investitionsagentur (IIA) unter dem Motto „Istanbul hat eine brandneue Geschichte“. Zur Auftaktveranstaltung waren hochkarätige Gäste geladen, darunter Banken wie Goldman Sachs und Société Générale. „Mit seinen 712 Hotels, 238 Krankenhäusern und 61 Universitäten mit über einer Million Studenten wartet Istanbul auf neue Investitionen“, sagte Nihat Narin, Geschäftsführer der Agentur, den potenziellen Investoren.

Die bis 2024 geplanten Projekte zielen darauf ab, das U-Bahnnetz Istanbul von derzeit 320 auf 550 Kilometer zu erhöhen, die Zahl der Parkplätze zu verdoppeln (von 95 000 auf 195 000) und die Rate des Abfallrecyclings von 16 auf 50 % zu steigern, um nur einige Schlaglichter zu nennen.

Die Umsetzung der ehrgeizigen Pläne wird absehbar auf Probleme stoßen: Laut eigenen Angaben erbte Imamoğlu bei seinem Amtsantritt vergangenen Sommer einen Schuldenberg in Höhe von 35 Mrd. TL (ca. 5 Mrd. Euro). Da die städtischen Schulden zu einem Großteil in ausländischen Währungen bedient werden, wird der finanzielle Druck steigen. Bei Moody's hat die Bosphorus-Metropole ein Bonitätsranking von B1 („hochspekulativ“), schreibt der Journalist Ercan Ersoy in diesem Zusammenhang.

Eine zweite große Herausforderung bleibt die Abstimmung zwischen der Istanbuler Stadtverwaltung und der Zentralregierung in Ankara. Während Imamoğlu bemüht ist, alle lokalen Akteure einzubinden, ist der Dialog mit der Regierung problematisch. Schon der Vorgängerregierung in Istanbul, die von der AKP gestellt wurde, gelang es

aufgrund politischer Rivalitäten nicht, eine gemeinsame Strategie für die Metropole zu finden. Nun, da Istanbul von der Opposition regiert wird – und zudem noch von einem Politiker, den die Medien als potenziellen Herausforderer Erdoğan's handeln – dürften die Abstimmungsprozesse noch schwieriger werden, prognostiziert Guisepe Mancini im Analyseportal *Al-Monitor*.

Erkennbar wurde dies jetzt im Zusammenhang mit der Kunstinstallation „Taksim: Ein Treffpunkt“. Diese hatte die Stadtverwaltung Mitte Februar auf dem berühmtesten Platz der Stadt eingerichtet. Zwei gegenüberliegende Treppenkonstruktionen aus Holz und Metall luden Fußgänger zum Verweilen ein. Unterhalb der Treppen konnten Besucher eine Ausstellung zur Geschichte Taksim's besichtigen. Bei Touristen wie Einheimischen kam die Installation gut an. Man erlebe dort „den vielleicht coolsten Vibe in Taksim seit Gezi“, schrieb der Kolumnist Paul Benjamin Osterlund. Doch kaum zwei Wochen nach der Eröffnung ordnete die „Behörde zur Erhaltung vom kulturellen Erbe“ den Abbau der Installation an. Diese sei – so die Begründung – nicht vom Kulturministerium genehmigt.

Das Verbrechen von Hanau: Anteilnahme, Frustration, Kritik beherrschen die Meinungsseiten

Das Attentat von Hanau, bei dem unter anderem fünf türkische Staatsbürger den Tod fanden, wurde in der Türkei mit Entsetzen und Trauer aufgenommen. Die Tageszeitungen berichteten auf den Titelseiten über das Verbrechen. In die Anteilnahme mischten sich Frustration und Kritik über Rassismus und Islamophobie in Deutschland und anderen Ländern. *CNN Türk* schrieb „Die Angriffe in Deutschland enden nicht!“. Das Nachrichtenportal *Bianet* urteilte drastisch: „Aktualisierter Nationalsozialismus: Die Gefahr wird nicht ernst genommen“. Und die regierungsnahen Tageszeitung *Hürriyet* titelte „Es reicht!“.

Der Slogan „Es reicht!“ („Yeter artik!“) ging anschließend als Hashtag in den sozialen Medien viral. Beim Stadtderby der Istanbuler Fußballvereine Galatasaray und Fenerbahçe und dem Spiel von Beşiktaş gegen Trabzonspor trugen die Spieler im Gedenken an Hanau ein Banner mit dieser Aufschrift auf das Spielfeld.

Präsident Erdoğan kündigte an, die Entwicklungen in Deutschland genau im Auge zu behalten. Der Sprecher des Präsidenten, İbrahim Kalın, und das

Außenministerium forderten die Behörden in Deutschland auf, das Verbrechen gewissenhaft aufzuklären. Die Stellungnahmen der Regierung und jene aus den Reihen der AKP wiesen unisono auf den steigenden Rassismus in Europa hin, den die Politik dringend angehen müsse.

Die Tageszeitung *Hürriyet* bemerkte, dass in Deutschland mit steigenden Zahlen Geflüchteter die Anhängerschaft der extremen Rechten zunehme. Gleichzeitig kritisierte sie: „Die Parteien der Mitte respektieren die Ansichten der Rechten, während die Ausländerfeindlichkeit das Risiko für Einwanderer erhöht“. Vor diesem Hintergrund sei das Verbrechen von Hanau als Warnung für die deutsche Politik zu begreifen, endlich umzudenken. Um das Argument eines „Rechtsrucks“ in Deutschland zu untermauern, veröffentlichten mehrere Medien einen Überblick über rechtsextremistische Anschläge in den vergangenen Jahrzehnten. Angesichts der Zahlen, so die These, sei es nicht zulässig, von Einzelfällen zu sprechen.

Aufschlussreich für die türkische Perspektive zum Verbrechen in Hanau ist ein Kommentar der regierungsnahen *Daily Sabah*. Angesichts einer zunehmend diskriminierenden Sprache – auch seitens der Politik – sowie einer „neuen Normalisierung des Extremem“ zeigt sich Redakteur Yahya Bostan wenig überrascht über den Anschlag. Er kritisiert zudem die polizeiliche Aufarbeitung des Verbrechens sowie den medialen Umgang mit dem Täter. Die Abkürzung des Namens des Täters durch Initialen sowie die Tatsache, dass einige Leitmedien, darunter der Spiegel, das Bild des Täters nicht groß auf ihren Titelseiten veröffentlichten, empfindet der Autor als „implizite Bemühungen der deutschen Medien, solche Kriminellen zu schützen“. Dies führe in der Folge zu einer „wirksamen Förderung von rechtsextremem Terrorismus“. Dass diese Praxis von deutschen Medien oft bewusst gewählt wird, um dem Täter den Wunsch nach Aufmerksamkeit vorzuenthalten, thematisiert Bostan nicht. Darüber hinaus sei es inakzeptabel, dass der mutmaßliche Täter als „Rassist“ oder „Rechter“ beschrieben, aber selten deutlich als „Terrorist“ beim Namen genannt werde. Am Ende zieht Bostan das Fazit: „Sein Manifest enthält viele diskriminierende Bemerkungen über Immigranten und Flüchtlinge. Seien wir ehrlich, viele europäische Politiker haben solche Ansichten.“

Coronavirus sorgt für Angst in der Türkei – aber auch für wirtschaftliche Überlegungen

Die Ausbreitung des Coronavirus löst auch bei der

türkischen Bevölkerung Angst aus. Mit besonderer Sorge verfolgen die Behörden und die Menschen die Entwicklungen im Nachbarland Iran. Angesichts steigender Infektions- und Todesfälle hat die türkische Regierung vergangene Woche beschlossen, die Grenzen zu schließen und in der Grenzregion Feldkrankenhäuser einzurichten.

Am vergangenen Dienstag evakuierte Ankara 132 türkische Staatsbürger aus dem Iran mit einem Sonderflug der Turkish Airlines. Das Flugzeug landete nicht wie zunächst geplant in Istanbul, sondern in Ankara. Dort wurden die Passagiere in einem zuvor geräumten Krankenhaus für 14 Tage in Quarantäne gebracht.

Der Gesundheitsminister Fahrettin Koca betonte, die Regierung unternehme alles, um das Land vor der Krankheit zu schützen. Bisher sei noch niemand positiv auf das Virus getestet worden, so der Minister am 25. Februar, „doch das bedeutet nicht, das wird morgen nicht passieren“, räumte Koca ein. Daher habe man entsprechend Quarantänräume und Intensivstationen im Land für den Ernstfall vorbereitet. Das Außenministerium riet derweil den Bürgern eindringlich davon ab, die am stärksten betroffenen Länder wie Italien oder den Iran zu bereisen.

Kritik an der Regierung, es werde nichts gegen die Verbreitung des Virus unternommen, wies der Minister zurück. Die Journalistin Şirin Payzın von dem Sender *T24*, war kürzlich von einer Reise aus Italien zurückgekehrt und beschwerte sich über Twitter, es habe am Istanbul Flughafen keine Maßnahmen gegen die Ausbreitung der Seuche gegeben; die Beamten am Flughafen hätten nicht einmal Masken getragen, so die bekannte Journalistin. Daraufhin erwiderte der Gesundheitsminister – ebenfalls über Twitter: „Wenn Sie erlauben, kann ich hier die Bilder der Wärmebildkamera von ihrem Transit teilen.“

Mittlerweile werden auch die wirtschaftlichen Auswirkungen der neuartigen Virus-Epidemie zum Thema: Besorgt zeigt sich insbesondere der türkische Tourismus-Sektor. Im vergangenen Jahr kamen über zwei Millionen Touristen aus dem Iran in die Türkei, das sind rund vier Prozent aller Besucher. Diese werden nun zumindest kurzfristig wegbleiben.

Die Zeitung *Daily Sabah* sieht auch wirtschaftliche Chancen: Während das Virus sich in Asien und Europa verbreitet, meldet die Türkei bisher keine Infektionen. Dies könne – so die Mutmaßung des Blattes – zu mehr Touristen führen.

Derweilen sind die Kurse der Turkish Airlines-Aktie in Folge ausgesetzter Flüge nach China, in den Iran, Irak, nach Südkorea und Italien eingebrochen.

In einer Analyse weist Merve Karacaer Ulusoy vom türkischen *Institute of Strategic Thinking* darauf hin, dass die Türkei zumindest kurzfristig von Produktionsrückgängen in China profitieren könnte. Insbesondere die globale Nachfrage im Textil-, Metall- und Lebensmittelsektor könnte teilweise auf die Türkei umgelenkt werden.

Der Ökonom Erhan Aslanoğlu von der Istanbul Piri-Reis-Universität sieht das anders: Alle Voraussagen über wirtschaftlichen Folgen des Virusausbruchs stehen unter dem Vorbehalt der Ausbreitung des Virus. Außerdem könne eine Abkühlung der Wirtschaft Chinas sich auch negativ auf die europäischen Volkswirtschaften auswirken, die insbesondere Technologien und Maschinen an China exportieren. In einer Kettenreaktion würden sich wirtschaftliche Schwierigkeiten der EU-Länder anschließend auch auf die Türkei auswirken, die immerhin die Hälfte ihrer Exporte in die EU liefert.

